



Österreichischer
Gemeindebund

An das
Bundesministerium
für Unterricht, Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
1014 Wien

Per E-Mail: begutachtung@bmukk.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, am 3. September 2008
Zl. B,K-200/270808/DR,AR

GZ: BMUKK-12.662/5-III/2/2008

Betreff: BG, mit dem das Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz geändert wird

Sehr geehrte Damen und Herren!

In Ergänzung zu der fristgerecht eingebrachten Stellungnahme zum oben angeführten Gesetzesentwurf weist der Österreichische Gemeindebund erneut auf die durch diese Gesetzesänderung zu erwartende Kostenexplosion für die Gemeinden hin.

Es wird festgestellt, dass der Entwurf keinerlei Kostendarstellungen im Hinblick auf die Verpflichtungen des Bundes im Sinne des Konsultationsmechanismus über direkte und mittelbare finanzielle Auswirkungen enthält.

Der Österreichische Gemeindebund verlangt daher vorsorglich die Einleitung von Gesprächen im Sinne Konsultationsmechanismus.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:

Der Generalsekretär:

Der Präsident:

Hink e.h.

Mödlhammer e.h.

votr. HR Dr. Robert Hink

Bgm. Helmut Mödlhammer



Ergeht zK an:

Alle Landesverbände

Die Mitglieder des Präsidiums

Büro Brüssel